

Pandemie bekämpfen: Neue Sozialabgabe schaffen

Die gegenwärtige Krise wird gravierende Folgen für unsere Wirtschaft, für unsere ganze Gesellschaft und auch für das Gesundheitswesen haben. Als Soforthilfe hat die Bundesregierung, zusätzlich zum Haushalt 2020 noch einen Nachtrag von 156 Mrd. € beschlossen. Außerdem bürgt der Bund für Kredite in Höhe von ca. 550 Mrd. €, für Kredite, die absehbar nicht alle vollständig getilgt werden. Da werden sich nach der Coronakrise die Ausgaben für die Schulden des Bundes und der Länder drastisch erhöhen. Diese Ausgaben müssen aber finanziert, irgendwann müssen Schulden auch zurückgezahlt werden. Ist die Krise überstanden, wird es viele gesellschaftliche, soziale und politische Veränderungen geben. Für jeden ist offensichtlich geworden: Man hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten an falscher Stelle gespart, das Gesundheitswesen hat dringenden Nachholbedarf. Woher soll das Geld kommen?

Wollen wir bei den Ausgaben (die größten betreffen Arbeit und Soziales/Verwaltung/Landesverteidigung/Verkehr und Infrastruktur) sparen oder wollen wir die Steuern erhöhen? Man wird nach der Krise viele Wünsche zurückstellen und manche schmerzhaften Entscheidungen treffen müssen.

Für die Finanzierung des Gesundheitswesens gäbe es durchaus eine praktikable Lösung, die Einführung einer Gesundheitskosten-Abgabe, einer gänzlich neuen Sozialabgabe, eine Abgabe, die nicht in den allgemeinen Staatshaushalt sondern nur in das Gesundheitswesen fließt, eine Abgabe auf Produkte, denen potentiell eine Gesundheitsgefährdung innewohnt (bspw. auf Alkohol, Tabakwaren, Fahrzeuge, Schneid-, Hieb-, und Schussgeräte, Feuerwerkskörper und Chemikalien). Der „Grüne Punkt“ als Abgabe für die Umwelt ist längst akzeptiert, ein solcher „Roter Punkt“ könnte das Gesundheitswesen stabilisieren. ... Die Höhe einer solchen Abgabe würde sich am Preis und am Gesundheitsrisiko eines jeden Produkts bemessen. Eine solche Abgabe berücksichtigt den Konsum und die Leistungsfähigkeit eines jeden Bürgers, wäre darum sozial und gerecht. Die Folgen der Coronakrise wären abgedeckt und das Gesundheitswesen wäre langfristig stabilisiert, für künftige Herausforderungen gewappnet.

Dr. med. Klaus Günterberg, 12623 Berlin-Mahlsdorf

Publiziert: Deutsches Ärzteblatt, 2020; 117(19): A-1009 / B-849